

Gerausgeber: „Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H.“  
Redaktion: Breslau 1, Nikolaistr. 49/50. — Tel. Ring 8837.

Annoncen-Expedition: Breslau 2, Gottschalkstr. 13.  
Telefon für Inserate: Ring Nr. 8120 und Obie Nr. 1180.

# Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale).

Einzelnummer 25 Pf. Durchschn. 1,40 Mk. für die Woche, 6,10 Mk. für den Monat.  
Durch die Post: 6,10 Mk. für den Monat.

Verlagsnummer: Nr. 25885  
„Sozialistischer Verlag, e. G. m. b. H.“, Breslau.

Abzugspreis: Die Schöneberger Millimeterpresse über deren Raum 6,50 Mk., außerdem 0,50 Mk. für den Druck und die Abzugskosten. Familiennachrichten, Verträge und Werbeanzeigen-Preise 0,40 Mk. Restdruck: Die Millimeterpresse, fertiggestellt über deren Raum, im Wert 3.- Mk.

## Betteln oder kämpfen?

### Die Gewerkschaftsführer wollen betteln.

Es wird gemeldet:

Berlin, 12. Januar. Nachdem die Vorstände der Großorganisationen der Eisenbahner zu dem bisherigen Verhandlungsergebnis Stellung genommen und auf Grund der einmütigen Ablehnung der Mitglieder im ganzen Lande neue Verhandlungen für notwendig gehalten haben, ist am Mittwoch der Sechzehner-Ausschuß zu einer Besprechung zusammengetreten. Aus den Berichten ergab sich eine neue Verhandlungsgrundlage, die in der am gleichen Tage stattgefundenen Konferenz mit Vertretern des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes, des Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Gewerkschaftsrings eingehend besprochen wurde. Dabei wurde ganz besonders die finanzielle Auswirkung der zu fordernden weiteren Zugeständnisse behandelt. Schließlich erklärten sich die Vertreter der genannten Gewerkschaftsverbände bereit, sofort mit den entsprechenden Regierungsstellen in Verbindung zu treten, damit ein befriedigendes Resultat erzielt wird.

Die Staatsarbeiter und -Beamten haben alle Ursache dieser „neuen Verhandlungsgrundlage“ unter Berücksichtigung der „finanziellen Auswirkung“ auf die Staatskasse mit dem schärfsten Mißtrauen gegenüber zu stehen.

Was ist das für eine neue Verhandlungsgrundlage? Seit einigen Tagen treiben die Gewerkschaftsführer gegenüber ihren Auftraggebern, den Beamten und Arbeitern, Geheimdiplomatie. Warum das? Es ist ganz offensichtlich: Hinter den Kulissen soll versucht werden, die Dinge mit der Regierung auf Kosten der Beamten und Eisenbahner zu schieben.

Es kann für die Eisenbahner und Beamten keine andere Verhandlungsgrundlage geben, wie die am Anfang der Bewegung aufgestellten Mindestforderungen. Die Staatsarbeiter und Beamten müssen verlangen, daß diese Mindestforderungen jetzt als Ultimatum der Regierung und dem Reichstag entgegen gehalten werden. Läuft das Ultimatum ohne restlose Annahme ab, muß der Streik eröffnet werden. Alles andere ist Betrug und Verrat, ist kein Verhandeln mehr, sondern Betteln.

### Die Beamten und Eisenbahner wollen kämpfen.

Hamburg. Am Sonntag fand in der Ernst-Merck-Halle eine Protestversammlung von 5000 Eisenbahnern, Mitgliedern des Deutschen Eisenbahnerverbandes, Ortsgruppe Hamburg, statt. Sie verlangten in einer Resolution die strikte Ablehnung des Regierungsangebots und die Hochhaltung ihrer Forderungen, andernfalls sie von ihrem Hauptvorstand die Anwendung der schärfsten gewerkschaftlichen Nachmittel verlangen.

Gera. In Gera fand eine Eisenbahnerversammlung der vier Verbände statt. Die dort angenommene Erklärung spricht aus, daß mit oder ohne Sechzehnerausschuß an den aufgestellten Forderungen festgehalten werden muß. Sie beklagen sich bitter über die Diebstahlhaftigkeit gegen die Eisenbahner auspeitschenden Pressenachrichten, denen die Verbände bis jetzt nicht entgegengetreten sind.

Aus dem Westen. In einem Telegramm, das der Aktionsausschuß der vier Großorganisationen der Eisenbahner

an den Sechzehnerausschuß nach Berlin aus Essen richtete, verlangen die Eisenbahner die kategorische Ablehnung der Regierungsvorlagen und kündigen im Falle der Annahme eine Sonderaktion an.

Stuttgart. Die kommunistische Fraktion der Stuttgarter Eisenbahner rief am 9. Januar zu einer Protestversammlung auf, die sehr stark besucht war. In einer einstimmig angenommenen Erklärung erklären die Versammelten ihren Willen, voll und ganz in die Kampffront der Arbeiterschaft einzutreten. Sie machen die fünf Stuttgarter Punkte zu den ihren, um mit diesen Forderungen für die Zukunft ihrer Frauen und Kinder zu kämpfen.

Magdeburg. Eine hier abgehaltene Versammlung der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten verlangte in einer Entschließung restlose Bewilligung der von den Gruppenorganisationen gestellten Forderungen. Am Schluß heißt es: Wir sind zum Kampfe bereit und lassen uns durch keine Regierung und Verwaltungsmaßnahmen abhalten.

### Ein neues Täuschungsmanöver gegen die Eisenbahner!

Das bisher veröffentlichte Ergebnis der Urabstimmung der Eisenbahner, das eine überwältigende Mehrheit für den Streik ergeben hat, ist der Regierung und ihren Lakaien höchst unangenehm. Kann doch kein Zweifel daran bestehen, daß es außerordentlich belebend auf den Kampfeswillen der Beamten überhaupt wirkte, und sie im Bestreben nach Durchsetzung ihrer berechtigten Forderungen bestärkte. Die in dem Abstimmungsresultat zum Ausdruck kommende Solidarität trug gewaltig zur Stärkung der Position der Beamten gegenüber der Regierung bei, die nunmehr alles daransetzt, Verwirrung und erneute Zersplitterung in die Reihen zumal des Eisenbahnerpersonals zu tragen. Bedeutet doch seine Uneinigkeit ihren Sieg!

Wir brachten gestern eine W.T.B.-Meldung, die durch die ganze Presse geht, und in der gesagt wurde, daß nur 60,3 Prozent Beamten für den Streik stimmten. Inzwischen konnten wir feststellen, daß dies ein zu durchsichtiger Zweck erfundener Schwindel ist. Es wurde in dieser Meldung nicht wie das üblich und selbstverständlich ist, die Prozentzahl in bezug auf die Beamten, die an der Abstimmung teilgenommen haben, gebracht, sondern zur Irreführung der Beamten und Arbeiter auf die ganze Beamtenschaft.

Die Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamter und Anwärter“ veröffentlicht in einem Flugblatt, in dem sie die „Zugeständnisse“ der Regierung durch die Blume als annehmbar auslobt und „strengste Disziplin“, das heißt, Einschwenken auf den Beschluß der Instanzen, verlangt, folgendes Resultat der Urabstimmung:

Abgegebene Stimmen insgesamt	285 050
Für den Streik 82 %	192 853
Gegen den Streik 15 %	35 150
Ungültig 3 %	7 047

Nicht 60 Prozent also haben, wie W.T.B. in der Absicht der Irreführung der Eisenbahnbeamten errechnet, für den Streik votiert, sondern 82 Prozent, das heißt, nicht nur zwei Drittel, sondern mehr als vier Fünftel aller abstimmenden Beamten.

### Auch die italienischen Eisenbahner in Bewegung.

Die Mailänder Behörden haben Prozesse gegen mehrere Eisenbahner eingeleitet; die sich politisch mißlieblich gemacht hatten. Die Mailänder Eisenbahner erhoben daraufhin in einer großen Kundgebung schärfsten Protest gegen diesen Streich der Reaktion, und sie forderten die Landesorganisation auf, in ganz Italien eine einheitliche Aktion gegen die Regierung einzuleiten.

### Kohlenmangel?

Die Regierung läßt durch W. T. B. eine Meldung verbreiten, nach der im Eisenbahnbetrieb „fast überall nur noch Vorräte für weniger als zehn Tage vorhanden“ seien.

Diese Meldung wird von der Arbeiterschaft mit dem größten Mißtrauen aufgenommen. „Kohlenmangel“ ist ein bekannter Vorwand für Sabotage- und Kampfsakte des Kapitalismus gegen die Wirtschaft und das Proletariat. Auch bei dieser überraschend plötzlichen Meldung über Kohlenmangel

im Eisenbahnbetrieb gerade in dieser Situation, liegt der Verdacht nahe, daß der „Kohlenmangel“ als Vorwand für eine Aussperrung der Eisenbahner dienen soll.

Um sich dagegen zu sichern, müssen die Eisenbahner sofort selbst feststellen, was an Kohlen vorhanden ist und die Anfuhr der Kohlen kontrollieren.

### Die Münchener Metallarbeiter für das Aktionsprogramm des Offenen Briefes.

Am 10. Januar fand im Münchener Kindlsteiner eine Mitgliederversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Ortsverwaltung München, statt. Auf der Tagesordnung stand die wirtschaftliche Lage, Referent Kollege Schlieffert, Hauptvorstand, Stuttgart. Der von der kommunistischen Fraktion als Antrag eingebrachte Offene Brief der D. R. P. D. wurde nach lebhaften Auseinandersetzungen mit den Unabgängigen gegen acht Stimmen angenommen. Der Hauptvorstand wurde beauftragt, im Deutschen Gewerkschaftsbund für die Einleitung einer einheitlichen Aktion einzutreten.

## Der gestürzte Ministerpräsident.

Am 12. Januar, nachmittags 4 Uhr 40 Minuten, hat sich der französische Ministerpräsident Leygues, begleitet von sämtlichen Ministern, ins Elysee begeben und dem Präsidenten der Republik die Demission des Kabinetts bekannt gegeben, weil die Kammer der Regierung das Vertrauen versagt hatte: so meldete es der bürgerliche Schmol. Die bürgerliche und sozialdemokratische Presse knüpft süß-saure Kommentare daran und ergeht sich in Spekulationen darüber, welchem Mann wohl für die nächste Zukunft das französische Staatsrudern in die Hand gegeben werde, als sei das ein Glücksspiel, von dem die Politik Frankreichs gegenüber Deutschland abhängt.

In Wirklichkeit stolperte die Regierung Leygues über sehr reale, durch die innere und äußere Lage Frankreichs bedingte Gegensätze, die in der Brust der französischen Nation miteinander ringen; und sehr reale Interessen, kein Glücksspiel, werden es sein, nach denen die kommenden Männer gewählt werden. Den unmittelbaren Anlaß zum Sturz der bisherigen Regierung gab die Politik Leygues gegenüber Deutschland in der Wiedergutmachungs- und Entwaflungsfrage. Die Brüsseler Konferenz, die die „Wiedergutmachung“ regeln sollte, und die Noten-Offensive in der Entwaflungsfrage endeten durch die Haltung Englands als Stoß in die Luft. Die Regierung Leygues wollte in der Wiedergutmachungsfrage die besonderen Interessen der französischen Großindustrie und ihres Anhangs wahren, indem sie gegenüber England in Brüssel die Lieferung der Wiedergutmachungs-Forderungen in Waren statt in Geld unterstützte. Sie stieß dabei auf den Widerstand Englands, das nicht will, daß Frankreich durch die billigen Warenlieferungen wirtschaftlich unabhängiger werde und deshalb auf Geldzahlung drängt. England wurde nun widerständig in der Entwaflungsfrage und weckte so das Mißtrauen der französischen Militaristen und Kleinbürgerlichen Rentner russisch-jarischer Anleihen.

Diese Kreise drängen gerade jetzt auf eine vollständige Entwaflung Deutschlands, weil sie in dem Entscheidungskampf gegen Rußland, den sie mit allen Mitteln vorbereiten und von dem sie einen Sieg erhoffen, eine aktive Beteiligung der deutschen Konterrevolution fürchten. Sie wollen die in Rußland erhoffte Beute mit der deutschen Konterrevolution nicht teilen und fürchten ein militärisches Ersinken der deutschen Bourgeoisie bei aktiver Beteiligung im Kampf gegen Rußland, das dem Traum der französischen Militaristen der Beherrschung des europäischen Kontinents, gefährlich werden könnte.

Die Regierung Leygues versuchte, auch den Interessen dieses Teiles der französischen Nation gerecht zu werden und eröffnete das Notendombardement mit den Entwaflungs-forderungen. Ohne die Unterstützung der Engländer können diese Forderungen jedoch nicht Wirklichkeit werden. Die englische Regierung aber zeigte die kalte Schulter und deutete an, daß sie bei einer gemeinsamen Beratung neben der Entwaflungsfrage die Wiedergutmachungsfrage anschnellen werde.

So werden die Aktionen der Regierung Leygues in der Entwaflungs- und Wiedergutmachungsfrage zu Luftlöchern. Die Regierung Leygues fiel. Dieselben Gegensätze, über die Leygues stolperte, haben auch Millerand nach Spaas vom Ministerstessel auf das politische Altenteil des Präsidenten der Nation geworfen.

Für das deutsche und französische Proletariat ist es gleichgültig, von welcher bürgerlichen Fraktion die französischen Ministerstessel bezeugt werden. Aber das Proletariat muß aufmerksam verfolgen die diplomatischen und militärischen Vorbereitungen für den nächsten Anmarsch gegen Rußland und damit die Weltrevolution, von denen die französischen Entwaflungsnoten ein Teil sind.

Das deutsche Proletariat muß sich in jeder Beziehung darauf vorbereiten, Rußland in seinem Abwehrkampf gegen den kommenden Angriff der Weltrevolution aktiv unterstützen zu können durch einen Massenangriff auf die deutsche Konterrevolution und ihre Regierung, ganz gleich, ob diese den Kampf gegen Rußland aktiv oder passiv unterstützt.

### Rücktritt der mecklenburgischen Regierung.

Die mecklenburgische Regierung ist zurückgetreten, weil die Landesversammlung ein Mißtrauensvotum wegen des Spruchs von drei Zeitfreiwilligen, die des Todes angeklagt waren, annahm.

# Politische Uebersicht.

## Die Eisenbahner und Beamten streiken in Oesterreich und Polen.

### Die Streikbewegung in Polen.

Berlin, 12. Januar. Eine augenscheinlich durch ganz Polen wegen des Nahrungsmittelmangels und der Lohnstreik- leiten gehende Streikbewegung führte am Dienstag zu dem ersten Ausstande: Um 12 Uhr mittags haben die Postbeamten ihre Arbeit eingestellt. Das Postministerium, in dessen Gebäude sich auch die Warschauer Hauptpost befindet, ist von Militär besetzt worden. Ein in Warschau tagender Eisenbahnerkongress hatte eine Unterredung mit dem Premierminister Witos, die bisher noch zu keinem Resultat geführt hat. Eine gleichzeitig tagende Delegiertenversammlung der Metallarbeiter faßte den Beschluß, in den Generalstreik zu treten, falls bis Dienstag abend die Lohnfrage nicht befriedigend geregelt sein sollte.

Ueber das Maß und das Tempo der Verteuerung wichtigster Lebensmittel in Warschau geben folgende Zahlen ein Bild: in den letzten sechs Wochen stiegen 800 Gramm markensfreies Graubrot von 50 auf 85 Mark, 400 Gramm Butter von 100 auf 200 Mark, ein Ei von 6 auf 15 Mark, 4 Kilo Kartoffeln von 20 auf 40 Mark, 400 Gramm Rindfleisch von 50 auf 90 Mark, Schweinefleisch von 65 auf 100 Mark.

Das ist ein Zukunftsbild auch für die deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten.

### Wien vor einem neuen Streit der Postbeamten. Verrat der Christlichen. — Solidarität der Eisenbahner.

Wien, 12. Januar. Heute mittag hat es der Bundeskanzler abgelehnt, die mit der Streikdrohung verbundenen Forderungen des sozialdemokratischen Gewerkschaftsverbandes der Postangestellten zu erfüllen. Die christlich-sozialen und die deutschnationalen Postangestellten hatten ihm gestern mitgeteilt, daß sie in den Streit treten würden, wenn die Forderungen der sozialdemokratischen Postangestellten bewilligt würden. Infolgedessen hat der Gewerkschaftsverband heute abend 6 Uhr den Streik proklamiert. Die sozialdemokratische Technische Union, in der die Telephon- und Telegraphen- angestellten sowie die Staatsarbeiter organisiert sind, wird von morgen 6 Uhr ab den Telephon- und Telegraphenstreik beginnen. Zugleich wurde der Regierung in Aussicht gestellt, daß auch die Eisenbahner geneigt seien, zur Durchführung der Forderungen der sozialdemokratischen Postangestellten in den Streit zu treten.

### Offensive des Unternehmertums.

#### Schließung der Wanderer-Werke.

Ebenfalls, 8. Januar. Die Wanderer-Werke haben am Freitag im Anschluß an die Massendemonstration des Chemnitzer Proletariats ihren Betrieb geschlossen, die Belegschaft ausgesperrt. Dieser Willkürakt der Schürfmacher ist nur möglich geworden, weil Mehrheitssozialisten und Unabhängige vor der Teilnahme an den Demonstrationen warnen, was freilich nicht verhinderte, daß über 25 000 Arbeiter auf dem Königsplatz ihre Solidarität mit den Arbeit- lojen bekundeten. Die Großbetriebe haben sich geschlossen beteiligt.

#### Ausperrung in den Rota-Werken.

Die „Rote Fahne“ berichtet: Auch die Rota-Werke, Berlin-Borsigwalde, haben ihre Arbeiter auf die Straße gesetzt wegen Lohnforderungen. An Löhnen wurden gezahlt 5,10 Mk. für Anfänger und 5,40 Mk. als Höchstlohn. Die Arbeiter verlangten Löhne in der Höhe, die in ihrem Fach üblich sind. Darauf erfolgte am Mitt- woch, 5. Januar, ohne weiteres die Schließung. Der Be- trieb wurde durch Sipo besetzt und die 470 Mann starke Belegschaft liegt auf dem Platz. Die Arbeiter der Rota- Werke wählen nunmehr eine Kommission, die mit folgender Entschloßung beim Reichsarbeitsministerium vorzulegen wurde:

„Die Belegschaft der Firma Rota-Werke ist wegen Lohnforderungen von der Firma entlassen und der Betrieb für jede Fabrikation geschlossen. Die Belegschaft macht dem Reichsarbeitsministerium den Vorschlag, das Werk zu verstaatlichen und die Fabrikation in eigene Regie zu über- nehmen und bittet, der von der Belegschaft entsandten Kom- mission Richtlinien und Anweisungen zu erteilen. Durch Verhandlungen der Kommission mit der Direktion des Werkes, welche jedes Entgegenkommen abgelehnt hat, sieht sich die Belegschaft gezwungen, diesen Weg zu beschreiten. Wir weisen jedoch darauf hin, daß die ganze Belegschaft gewillt ist zu arbeiten und im Interesse des Staates bereit ist, bei auskömmlichem Lohn die Arbeit sofort wieder auf- zunehmen.“

Auf Auftrag der Belegschaft Die Kommission.

Löwe, Wanderer- und Rota-Werke sperren ihre Ar- beiter aus. Der Hunger soll die Proleten den Ausbeutungs- gelüsten des Kapitals gefügig machen. Die Arbeiter der Rota-Werke haben sich an das Reichsarbeitsministerium ge- wandt. Sie werden bald von Herrn Trauns erfahren, daß er nicht gewillt ist, den arbeitswilligen Proletariern zu helfen, daß er vielmehr im vollsten Einverständnis mit dem Kapital arbeitet.

### Orgesch und Sipo rüsten gegen die Arbeiterbewegung.

#### Waffenschließungen in Bitterfeld.

Die Arbeiterchaft der Anilinfabrik Belsen steht zurzeit in Lohnverhandlungen. Es ist möglich, daß diese Verhand- lungen zu einem Streit führen. Merkwürdigerweise kam nun in diesen Tagen in der Fabrik ein als „leer“ deklarierter Waggon an, in dem beim Öffnen Waffen vorgefunden wurden. Auch tauchte gleichzeitig in der Gegend die Sipo auf und es scheint, als ob sie bestimmt sei, einen Lohnkampf in der Bitterfelder Anilinindustrie zu unterdrücken. Die Er- regung unter der Arbeiterchaft ist groß.

#### Orgeschrüstungen in Naumburg.

Wie kürzlich berichtet, wurde bei Naumburg ein großes Waffenlager im Keller einer alten Burgruine gefunden. Den Schlüssel zu diesem Keller hatte ein Major a. D. in Naum- burg in Besitz. Die bürgerlichen Blätter melden jetzt, die Untersuchung habe festgestellt, daß der Major „unschuldig“ sei, daß es sich vielmehr um ein „kommunistisches“ Waffen- lager handle. — Merkwürdig, daß ein Major über den Schlüssel zu diesem „kommunistischen“ Waffenlager verfügte! Vor einigen Tagen wurde nun kurz vor Naumburg am Eingang des Dorfes Klosterhäfeler ein vollständig bewaffnetes herrenloses Panzerauto gefunden. Die Magnete vom Motor waren entfernt und die Fahne zerschlagen. Wahrscheinlich werden in den nächsten Tagen die bürgerlichen Blätter melden, daß es sich um ein „kommunistisches“ Panzerauto handle. Daß aber Naumburg der Mittelpunkt der Orgeschorganisation der Provinz Sachsen ist, wo sich alle pensionierten Offiziere sammeln, davon sagt man vorsichtigerweise nichts.

#### Amnestie nur für Arbeiter-Mörder.

Erst vor wenigen Tagen wurde ein Angehöriger der Reichswehr, weil er sich während der Arbeiterkämpfe von der Truppe entfernte, wegen Freigabe vor dem Feinde zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. Heute liegt vor uns ein Befehl der Berliner Kommandantur vom 4. Januar 1921. Darin wird der ehemalige Reichswehrsoldat M. unter An- drohung zwanngswiseiger Vorführung zwecks Verbüßung seiner Strafe von drei Wochen Mittelarrest angefordert, weil er sich in den Märztagen aus Absehen vor dem Arbeitermord von der Truppe entfernt hatte.

Ein neuer Schlag ins Gesicht des Proletariats. Der Mörder Vogel kann frei im Gebiet-Deutschland einhergehen. Nicht so Proletarier, die zu werden sich weigerten, als die Spießgesellen der Vogel, Kessel und Krotow ihnen zu werden befehlen. Proletariermord ist „hüllische Pflicht“ in Deutschland. Und wer diese Pflicht verletzt, den trifft der Arm der Berechtigten.

### Der losgelassene Mörder.

Wenn man in der Gemehlei die Verbeugung feht, die die Schamlosigkeit vor der Tugend macht, dann ist an der deutschen Justiz noch nicht alles verloren. Denn an dem Maß ihrer Gemehlei, die sie in der Begründung ihrer Vogel- Amnestie zeigt, läßt sich erkennen, daß sie noch nicht alles Maß für Anstand verloren hat.

Es war das übliche Spiel. Erst ward gelehnet, daß der Mörder überhaupt amnestiert sei. Dann ward gelehnet, daß überhaupt ein Antrag auf Amnestie gestellt sei. Dann berief man sich auf die Beschwerde, die der Staatsanwalt eingelegt habe. Gestern früh brachte die „Vossische Zeitung“ wieder eine Notiz, es sei überhaupt nicht amnestiert. Gestern abend rückte man endlich mit der „amtlichen“ Begründung der amtlichen Schamlosigkeit heraus. Der Witsch lautet:

„Die Tötung der Frau Luxemburg erfolgte in der Absicht, die damals offen gegen die Regierung kämpfenden Spartakisten einer Führerin zu berauben, und zwar offensichtlich durch die politische Lage ausgelöst. Die Straftaten des Oberleutnants a. D. Vogel schließen sich der Zeit und ihrer Beweggründe nach eng an diese Tötung an. Wenn es sich hierbei, besonders aus Rück- sicht darauf, daß Frau Luxemburg bereits festgenommen und machtlos war, auch nicht um die eigentliche Abwehr eines hochverräterischen Unternehmens gegen das Reich handelte, so sind die Tötung und mithin auch die ihr nachfolgenden Straftaten nach den Umständen des Falles doch als im Zusammenhang mit einer solchen Abwehr begangen anzusehen, so daß sie nach § 1 Absatz 3 des Reichsgesetzes vom 4. August 1920 als straffrei erscheinen, soweit nicht die Einschränkungen dieses Absatzes oder der Absatz 4 entgegenstehen, was bei den Straftaten, wegen deren die Verurteilung des Oberleutnants a. D. Vogel erfolgte, nicht zutrifft. Die Handlungsweise des Beur- teilten läßt zwar eine unerhörte Rohheit und Gewissen- losigkeit erkennen, sie hatte aber unter anderem gleichzeitig auch den Zweck, die an der Tötung der Frau Luxemburg schuldigen Personen der Bestrafung zu entziehen, so daß sie jedenfalls nicht lediglich auf Rache, Eigennutz oder sonstigen nicht politischen Beweggründen beruhte. Nach Absatz 4 a. a. D. sind die gegen das Leben gerichteten Verbrechen (§§ 211, 212 und 214 St.-G.-B.) von der Straffreiheit ausgeschlossen. Von den Straftaten des Oberleutnants a. D. Vogel kommt hier nur die Be- günstigung im Sinne des § 257 St.-G.-B. in Frage. Diese Begünstigung hatte den Zweck, nach der Tötung der Frau Luxemburg die Täter der Bestrafung zu ent- ziehen, war also an sich nicht mehr gegen das Leben einer Person gerichtet. Das Gesetz vom 4. August 1920 gibt keinen Anhalt dafür, wie weit der Kreis der gegen das Leben gerichteten Verbrechen auszudehnen ist. Un- bedenklich werden alle eigentlichen Teilnahmehandlungen, wie Anstiftung und Beihilfe, als einbegriffen erscheinen. Von einem Vergehen gegen § 257 St.-G.-B., das schon durch seine Stellung im System des St.-G.-B. rein äußerlich eine selbständige Bedeutung hat, wird dies in Ermangelung von Umständen, die einen gegenteiligen Willen des Gesetzgebers vorkommen lassen, nur dann an- zunehmen sein, wenn die Begünstigung vor der Begehung der Straftat, auf welche sie sich bezieht, bereits zugesagt worden ist. Eine solche Feststellung ist aber in dem Urteil nicht getroffen worden.“

Man braucht über das ganze Geschwätz kein Wort zu verlieren. Es genügt, einen einzigen Satz herauszugreifen. Die Amnestie würde nicht zutreffen, schreibt man, „wenn die Begünstigung vor der Begehung der Straftat bereits zugesagt gewesen ist.“

Was tut das Gericht, um sich darüber schlüssig zu werden? Es sagt: „Eine solche Feststellung ist aber in dem Urteil nicht getroffen worden.“

Und was tut das Gericht, um diesem Mangel des Urteils abzuhelfen? Es läßt den Vogel los. Wir können dem Gericht erzählen: in Duzenden von Strafverfahren gegen Arbeiter hat man nicht so ohne weiteres zugunsten der Angeklagten entschieden. Man hat vielmehr gepriipelt und die Prüfung fiel selten zugunsten der Arbeiter aus.

### Bedürfnisse für die Tätigkeit der Kommunisten in den Gewerkschaften.

(2. Fortsetzung.)

Er muß ein von und in den Gewerkschaften und Be- triebsräten unter Hinzuziehung der Konsumvereine und land- wirtschaftlichen Genossenschaften bzw. Orts- und Kreisbauern- räte organisierter Austausch von Industrierzeugnissen gegen landwirtschaftliche Produkte erlangt werden. Dieser Kampf um Lieferung von Lebensmitteln kann beginnen mit einem Austausch von Kartoffeln, Getreide, Seife usw., beizulegen durch die Orts- und Kreisbauernräte in Verbindung mit den Landarbeiter-Gewerkschaften gegen Industrieprodukte, die be- schlossen von den Gewerkschaften und Betriebsräten der Städte geliefert und unter Beteiligung der Konsumgenoss- schaften verteilt werden.

b) Die Gewerkschaften müssen durch die Kommunisten veranlaßt werden, der ungeheuren Wohnungsnot entgegenzu- wirken. Die Anweisung über großer Wohnung und Willen der Reichs an die Wohnungslosen, die Beschlagnahme der Wohnungswirtschaft für Reparaturkosten, sowie der Wohnungs- neben durch staatliche und kommunale Mittel ist schärfstes herbeizuführen.

#### VI.

Die Versorgung mit Kohlen für den Haus- brand der arbeitenden Bevölkerung und Aufrechterhaltung der Produktion für den Massenbedarf muß durch die Betriebsräte und Gewerkschaften der Bergleute herbeizuführen werden, daß die Bergarbeiterverbände und die Be- trieb- räte, die von Betriebsräten und Gewerkschaften

zentralen der Orte oder Bezirke zu diesem Zweck angefordert werden, zuerst befristet. Die Eisenbahner und Transport- arbeiter müssen solche Transporte vorzugsweise befördern.

#### VII.

Die Sozialisierung des Bergbaues, der Bau-, Holz- oder anderer einzelner Industrien ist nach den Plänen der Sozialisierungskommission, der Regien und Hilfer- dung, nur ein Arbeitsgemeinschaftsschwindel. Die Bergleute und andere Arbeiterkategorien bezogen diesem Schwindel am besten, wenn sie die Sozialisierung so in Angriff nehmen, daß sie die penultima Kontrolle der Produktion er- zwingen und den Absatz der Kohle zusammen mit den Betriebsräten und Gewerkschaften der anderen Industrien in ihre Hände nehmen. Jeder Versuch des Eingreifens der kapitalistischen Staatsmacht muß durch eine gemeinsame Kampfkraft mit der Gesamtarbeiterchaft niedergebungen werden.

#### VIII.

Die Kommunisten haben dafür zu wirken, daß die Be- triebsräte nicht lediglich als gewerkschaftliche Vertretungs- gremien fungieren, sondern daß durch die Betriebsräte der Ge- werkschaften die enge Verbindung mit den anders organisierten oder unorganisierten Betriebs- räten und Arbeitern hergestellt wird, um diese Aufgaben gemeinsam zu lösen. Die Resolution über die Organisation der Betriebsräte der I. P. und II. S. P. auf dem Betriebs- rätenkongress ist umzusetzen.

#### IX.

Die Gewerkschaften müssen in den Arbeiterverbänden

zusammen. Die meisten wirtschaftlichen Kämpfe lösen sich betriebs- und industriegruppenweise aus, die Gliederung der Gewerkschaften in 54 Berufsverbände hindert die rasche Ent- faltung der Kampfkraft und gibt der Gewerkschaftsbürokratie Gelegenheit zu störenden Eingriffen während des Kampfes.

Der Umbau der Berufsgenossenschaften zu kampfstarken Industrieverbänden ist deshalb Aufgabe der Kommunisten in den Gewerkschaften. Die Vereinigung der Hand- und Kopf- arbeiter in geschlossenen Industrieverbänden zu Kampforganisa- tionen ist jetzt schon anzustreben, weil die Gewerkschaften neben den Betriebsräten nach der Machteroberung Träger der neuen kommunistischen Wirtschaft sein werden und das aus sein können, wenn leistungsfähige Industrieverbände vor- handen sind.

#### X.

Dem Neutralitätsschwindel müssen die Kommuni- stien entgegenwirken. Die politische Neutralität der Gewerk- schaften ist in der heutigen Zeit eine Lüge, die die konter- revolutionäre Tätigkeit, die mehrheitssozialistische und unab- hängige Flagge decken soll. Alle wirtschaftlichen Kämpfe sind im heutigen Stadium des wirtschaftlichen Zerfalls und des steigenden Massenelends ihrer Wirkung nach von politischer Bedeutung. Ganz offen tritt dieses zutage bei Lohn- und Arbeitsfragen der Bergleute, Eisenbahner, Landarbeiter. Kampfhandlungen dieser Arbeiterkategorien, wie Lohnkämpfe der holländischen Arbeiter, der Gas- und Elektrizitätswerte, der Bau- und leistung- industriellen Angestellten werden alle Auseinandersetzungen mit der kapitalistischen Staatsmacht Bor- stufen des Kampfes um die ganze politische Macht. Sie können daher nicht unabhängig vom politischen Kampf gegen die bürgerliche Staatsgewalt geführt werden.

(Schluß folgt)

# Denk an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg!

Besucht am Sonnabend, den 15. Januar,

## die Liebknecht-Luxemburg-Gedächtnisfeier

in der Aula des Zwinger-Gymnasiums (gegenüber dem Stadttheater).

### Sozialdemokraten, U. S. P. und Gewerkschaftsbürokratie mit Thyssen gegen die Arbeiter.

Dreizehntausend Arbeiter der August-Thyssen-Hütte in Hamburg sind ausgesperrt worden, weil sie sich die Verlegung und Verlängerung ihrer Arbeitszeit nicht bedingungslos gefallen lassen wollten. Der Demobilisierungskommissar Mehlich, Sozialdemokrat, hat einen Schiedsspruch gefällt, der von den Arbeitern verlangt, daß sie, ehe über die Arbeitszeitverlängerung verhandelt wird, die Arbeit zu dem neuen, von Thyssen selbstherrlich bestimmten Zeitpunkt aufgenommen werden müsse. Die Hamburger Arbeiter schiedsrichterliche Schiedssprüche anzuerkennen. Die Gewerkschaftsbürokratie, die S. P. D. und U. S. P. wandten sich gegen die streikenden Arbeiter und stellten sich auf den Standpunkt August Thyssens und des Staatskommissars Mehlich. Das hat in Rheinland-Westfalen große Erbitterung unter der Arbeiterschaft ausgelöst.

Eine Reihe Zeichen in der Umgebung Hamburgs unterstützte die Hüttenarbeiter durch einen Sympathiestreik. Die Hamburger Streikleitung hatte zu Sonnabend, den 8. Januar, eine Betriebsrätekonferenz nach Essen einberufen, in der über die Maßnahmen zur Abwehr dieses Gewalttates beraten und beschlossen werden sollte. Die Sonnabend-Konferenz war sehr schwach besucht. In der Hauptsache nur von Betriebsräten der S. P. D., einigen Betriebsräten der Gelsenkirchener Bergarbeiterunion und ganz wenigen Syndikalisten. Die Sonnabend-Konferenz setzte einen Aktionsausschuß ein, der beauftragt wurde, sich an die Parteien, Gewerkschaften und Unions zu wenden, um diese Abwehraktion zu unterstützen. Es wurde beschlossen, zu Dienstag einen Betriebsrätekongress Rheinland-Westfalens einzuberufen, der endgültig Stellung nehmen und beschließen sollte, was in der Angelegenheit zu tun sei. Die S. P. D. hatte auf ihrem Bezirksparteitag in Düsseldorf beschlossen, die Abwehraktion kräftig zu unterstützen. Sie verpflichtete sich, ihre Mitglieder in den Gewerkschaften und Unions zu mobilisieren, um das größtmögliche an Geschlossenheit und Kraft zur Abwehr dieses Gewalttates aufzubringen. S. P. D. und U. S. P. lehnten es ab, sich an dieser gemeinsamen Abwehraktion zu beteiligen. Die Gewerkschaftsbürokratie erließ öffentlich Warnungen gegen die „kommunistische Hezke“.

Der Betriebsrätekongress am Dienstag war deshalb kein Kongress der Betriebsräte Rheinland-Westfalens, weil er von der Gewerkschaftsbürokratie sabotiert wurde. Anwesend waren:

Bergarbeiterverband	32	Betriebsräte
Metallarbeiterverband	87	"
Arbeiter-Union Gelsenkirchen	93	"
Allgemeine Arbeiter-Union S. P. D.	36	"
Freie Arbeiter-Union (Syndikalisten)	62	"
Alle anderen Gewerkschaften	55	"

zusammen: 365 Betriebsräte

So kam ein Betriebsrätekongress zustande, der in dieser wichtigen Angelegenheit einer einheitlichen geschlossenen Aktion des Gesamtproletariats Rheinland-Westfalens keine Beschlüsse fassen konnte. Die S. P. D. und Syndikalisten benutzten diesen Anlaß, um eine verpöhlte Einzelaktion zu fordern. Das mußten die Vertreter der S. P. D. ablehnen. Im gegenwärtigen Stadium sind Teilaktionen entschlossener Widerheiten nicht imstande, dem Vorgehen des brutalen Unternehmertums und der kapitalistischen Macht wirksam entgegenzutreten, am allerwenigsten, wenn die Gewerkschaftsbürokratie, die U. S. P. und S. P. D. ihren Einfluß, den sie unter den Arbeitern noch haben, dazu benutzen, um sich auf Seiten des Unternehmertums und der kapitalistischen Staatsmacht, anstatt auf die Seite der kämpfenden Arbeiter zu stellen. Die Konferenz verlief deshalb ergebnislos.

Es wird Aufgabe der Kommunisten in den Gewerkschaften und Unions sein, diesen neuen Verrat der Gewerkschaftsbürokratie und der sogenannten Arbeiterparteien, der U. S. P. D. und S. P. D. an den Pranger zu stellen. Wenn unsere Genossen in Rheinland-Westfalen diese Arbeit gründlich verrichten, wird es möglich sein, diese Arbeiterverräter zu isolieren, und in den Arbeitermassen den Einfluß zu bekommen, der notwendig ist, um in kürzester Frist auch gegen das Aufgebot der S. P. D., U. S. P. D. und Gewerkschaftsbürokratie erfolgreich den Kampf führen zu können. Das Geschick der S. P. D. und der Syndikalisten darf sie von dieser wichtigen Arbeit nicht abhalten. Wir müssen uns durchsetzen gegenüber den Arbeiterverrättern in den Gewerkschaften, den konfusen R. A. P. und den Syndikalisten.

### Haenisch's Ehrenerklärung für die Marburger Mörder.

In einem Rückfall von Radikalismus hatte Konrad Haenisch seinerzeit die 15 Marburger Studenten als das bezeichnet, was sie sind: als Nordbruden. Inzwischen hat er aber von deutschnationaler Seite kräftige Rippenstöße empfangen, und seit dem Urteil des Kasseler Gerichts sank Haenisch's Mut auf den Nullpunkt. Nun hat er an den Vorsitzenden der deutschen Studentenschaft, Herrn van Nabel einen trüblichen Brief geschrieben, in dem er alles zurücknimmt. Wir haben von Konrad Haenisch nie etwas anderes erwartet. Er fristet seine Ministerexistenz nur dadurch, daß er abwesend vor der pfälzischen Kammer und vor dem preussischen Justizschounerbar auf dem Boden herumtritt. Auf einen Fußtritt mehr oder weniger, den er sich geben läßt, kommt es schon nicht mehr an.

## Die Scheidemänner im Spiegelsumpf.

Im Preussischen Landtag stellen die Sozialdemokraten verhängliche Anträge an die Regierung: „Ist es dem Herrn Minister bekannt, daß die Polizei in Flensburg Spigel beschäftigt?“ In Köln beschäftigt der sozialdemokratische Polizeipräsident Runge nicht nur Spigel, sondern fällt sogar auf ihre Dummheit herein. Wir berichteten vor einigen Tagen, daß die bei Runge angestellten Kommissare gleichzeitig für die Offiziersnachrichtstelle (Drge) arbeiteten, ja, daß der Rechtssozialist und Stadtverordnete Schöndchen aus Köln enge Beziehungen zum Kriminalkommissar Gehrke unterhält, der im Treubund der Schwerindustriellen zu Gast war und, sicher im Auftrage seines rechtssozialistischen Chefs, einer Sitzung der Schwerindustriellen bei Mannesmann-Mulag, Remscheid, beimohnte.

Ähnliche Subjekte waren in die Kölner U. S. P. eingedrungen und gingen mit in die S. P. D. hinüber. Diese galt es nun zu entlarven, und gleichzeitig die innigen Beziehungen festzustellen, die diese ganze Spigelbande mit der Kölner S. P. D. und mit ihrem Parteiorgan, der „Rheinischen Zeitung“ verband. Das ist unseren Kölner Genossen glänzend gelungen. Sie spielten dem Hauptsubjekt, Spigel Tffert, ein fingiertes Rundschreiben einer ebenso fingierten Abteilung S. 6 in die Hand, das für Dienstag Mittag in Köln „spontane“ Rundzungen und Demonstrationen „gegen die Feuerung“, sozusagen als Generalprobe für die Leistungsfähigkeit der Organisation, verlangte. Vor eventuellen Zusammenstößen sollte nicht zurückgeschreckt werden, doch dürfe es weder zu Angriffen auf Präsidium noch auf „Rheinische Zeitung“ kommen. Unser Bruderorgan berichtet dann weiter:

### Unsere Falle Klappte.

Am Dienstag, den 28. Dezember, war die ganze Polizei in Köln alarmiert und auf den Beinen. Die Posten waren überall verstärkt, Depeschen flühten hin und her, die berittene Schutzmannschaft stand bei den Säulen. Herr Rechtssozialist Runge war bereit zur Kommunistenschlacht.

Punkt 11.30 Uhr Dienstag mittag erhielt der Spigel von uns einen fingierten Gegenbefehl, den er prompt dem Polizeipräsidium weitergab:

mit dem ebenso prompten Erfolg, daß Herr Runge um 1 Uhr demobilisierte. Doch wie sollten wir der Arbeiterschaft beweisen, daß die Führer der Rechtssozialisten ihre Hand im Spiele hatten? Das war der Zweck einer Notiz in der „Soz. Republik“, „Hat Herr Runge Angst?“ Am Montagabend schrieb die „Soz. Ztg.“ auf diese Notiz hin eine Antwort, in der es u. a. hieß: „Wir wollen aus bestimmten Gründen hier nicht mehr sagen, wir möchten der „Soz. Republik“ nur verraten, daß wir über gewisse Instruktionen, die am Montagabend und Dienstagvormittag durch besondere Voten an bestimmte Vertrauensleute der Kölner Kommunistischen Partei übermittelt wurden, unterrichtet sind. Ueber das, was diese Instruktionen sagten, wird zur gegebenen Zeit noch zu reden sein.“

Der Ring des Beweises, daß Runge Drge Spigel, S. P. D. und „Rheinische Ztg.“ Hand in Hand gegen die Arbeiterbewegung arbeiten, war somit erbracht. Die Spigelklatte der Kölner Sozialdemokraten konnte vor der breiten Öffentlichkeit dargelegt werden.

Das haben unsere Kölner Genossen dann auch glänzend besorgt. Die revolutionäre Kölner Arbeiterschaft lacht zurzeit über das Flugblatt der S. P. D., das ihre Spigel-erfahrungen allen bekanntmacht, und das geziert ist mit der Photographie des Hauptheiden, des Spigels Tffert, und mit der des Verbindungsmannes zwischen Rechtssozialisten, Schwerindustrie und Drgebüro, des Kommissars der Kölner politischen Polizei, Gehrke. Die immer noch der S. P. D. angehörenden Proletarier mögen aber das Flugblatt mit dem gerechten Ingrimm lesen, den ihre Verräterführer verdienen und ihnen endlich den Rücken kehren.

### Noch ist es Zeit!

Der kommende Wahlkampf setzt mit Wucht ein. Die „Deutsche Tageszeitung“ ruft das Bürgertum auf:

„Hört es, ihr Bürger! Die Zeit der entscheidenden Schlacht mit der Waffe in der Hand wird bald kommen! Der Bolschewismus droht ganz offen mit blutigem Terror. Und in Preußen sitzt eine Regierung, die gegen solche offenen Ankündigungen des Umsturzes nicht einschreitet, sondern sie als harmlos hinstellt und jede bürgerliche Notwehrorganisation mit blindwütigem Haß verfolgt. Noch länger solches Wirken und Preußen und damit Deutschland ist dem russischen Schrecken verfallen. Aber noch ist es Zeit, das Schlimmste zu verhindern. In wenigen Wochen ist die Herrschaft eines Severing zu Ende. In der Hand des Bürgertums und aller derer, die die Ruhe und Ordnung dem Terror vorziehen, liegt es, ob der Weg weiter in den Abgrund oder nach aufwärts führen soll. Wer dieses Ziel erstrebt, der weiß, welche Lehre er aus vorstehendem zu ziehen hat.“

Das edle agrarische Hezorgan benutzt den Aufruf der „Roten Fahne“ zur Demonstration am Sonntag zum Anlaß, um dem Bürgertum zuzurufen: Noch ist es Zeit! Weil es in jenem Aufruf gesagt ist, daß „die Zeit der entscheidenden Schlacht mit der Waffe in der Hand noch nicht gekommen ist“ und weiter heißt es: „Sie wird vielleicht bald kommen, wenn wir eintig zusammenstehen, wenn wir trotz aller uns trennenden Gegensätze uns zusammenfinden.“ An anderer Stelle hieß es unter Hinweis auf die Erregung des revolutionären Proletariats,

„daß eine Armee im Bilden begriffen ist, die sich nicht in Teilkämpfen locken läßt, bei denen eine Niederlage vorzuziehen ist, sondern die bald ihren Aufmarsch beendet, ihre Vorbereitungen beendet, um vorwärts zu marschieren zum Kampf und Sieg.“

Das hat der „Deutschen Tageszeitung“ die Nerven gerüttelt und nun heßt sie gegen die Kommunisten, gemeinsam mit „Vorwärts“ und „Freiheit“, denn ob sie angeblich zu Fußgänger auffordern oder in Wirklichkeit vor solchen warnen, das bleibt sich gleich: Sie erkennen alle die Gefahr der revolutionären Erregung, darum die Hez!

### Auflösung der Gothaer Landesversammlung.

Gotha, 12. Januar. Der Staatsrat Thüringens hat auf Antrag der Gothaer Regierung die Gothaer Landesversammlung aufgelöst und Neuwahlen angeordnet.

## Internationale.

### Die französischen Arbeiter verlassen die Richtung Longuet.

Es wird immer klarer, daß die französischen Arbeiter, die sich bisher von der Richtung Longuet irreführen ließen, die Spaltung nicht zuzumachen, sondern mit der Parteilichkeit gemeinsam in die kommunistische Internationale hineingehen wollen. In dieser Beziehung ist der Beschluß bemerkenswert, den jüngst die sozialistische Organisation von

Kremlin-Vicetro (Paris) gefaßt hat. Die Mitgliederversammlung erklärte sich einstimmig dafür, gemeinsam mit der kommunistischen Internationale zu bleiben und richtete an alle anderen sozialistischen Organisationen Frankreichs die Mahnung, das gleiche zu tun. — Auch die bisher zur Longuet-Gruppe gehörenden sozialistischen Stadträte haben beschlossen, sich der Parteilichkeit zu fügen. — Die reformistische Leitung des französischen Gewerkschaftsbundes erläßt zwar wieder einen Aufruf gegen die Kommunisten, der die bekannten Anschuldigungen wiederholt. Aber bei der Stimmung des französischen Proletariats wird der Einfluß dieser Herrschaften bald beseitigt sein.

### Kommunistenheze in der Tschecho-Slowakei.

Aus Prag wird gemeldet, daß sich die Zahl der bisher bei den tschechischen Gerichtsbehörden eingelieferten Kommunisten auf ungefähr 3000 belaufe.

### Die Reaktion in Jugoslawien.

„Kofa Wien“. Agram, 8. Januar 1921. In ganz Jugoslawien werden die Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Kommunisten fortgesetzt. Der Gemeindevorstand von Sid, ein Kommunist, wurde verhaftet. Ebenso wurden in Srijemska Mitrovica 4 Kommunisten verhaftet. In Bulovor wurde das kommunistische Archiv beschlagnahmt und nach Belgrad gebracht. In Neusatz wurde das Arbeiterheim vom Militär besetzt. In Puzla (Bosnien) wurde das Standrecht proklamiert.

### Der Kampf des amerikanischen Proletariats.

London, 7. Januar. „Kofa Wien“. Aus New-York wird gemeldet: In Amerika werden die Einwanderer als Streifbrecher verwendet. Fred Moon, der Bezirkssekretär der Bergarbeiterunion berichtete, daß die Bergwerksbesitzer in West-Virginien Einwanderer an Stelle streikender Bergarbeiter einsetzen. 8000 Einwanderer wurden in den Gebieten, wo Bergarbeiter streiken, bereits zur Arbeit angenommen.

London, 7. Januar. „Kofa Wien“. Aus Washington wird gemeldet: Im Senat ist das vom Senator Poindexter beantragte Anti-Streifgesetz ohne Debatte einstimmig angenommen und dem Kongress zur Annahme überwiesen worden. Eine Strafe von 10000 Dollar und 10 Jahren Gefängnis droht jener Person, die eine oder mehrere Personen mündlich oder schriftlich oder durch Verteilen schriftlicher Aufträge auffordert, oder zu überzeugen sucht, durch Niederlegung der Arbeit den Waren- und Handelsverkehr zu unterbinden, aufzuhalten oder zu verzögern.

Wer dabei Gewalt anwendet, wird mit 15000 Dollar und 15 Jahren schweren Kerlers bestraft.

### Achtung!

Alle Kriegsbeschädigten, -Teilnehmer, -Hinterbliebenen und -Gefangenen, die Anhänger der dritten Internationale sind, werden an den Beschluß der S. P. D., Schlesien, einzutreten, sich nur im Internationalen Bund der Kriegsopfer (Deutschland) zu organisieren. **Beleggruppe Berlin des Intern. Bundes.**

